Gemeinde Eitorf
DER BÜRGERMEISTER

ANLAGE
zu TO.-Pkt.

interne Nummer XV/0456/V

Eitorf, den 16.05.2022

Amt 60.2 - Stadt- und Verkehrsplanung, Umweltschutz

Sachbearbeiter/-in: Michaela Straßek-Knipp

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, 31.05.2022
Mobilität und Klimaschutz
Rat der Gemeinde Eitorf 20.06.2022

Tagesordnungspunkt:

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6.1, Mühleip Ost, 5. Änderung (Kirchengelände) im vereinfachten Verfahren gem. § 13 a BauGB
Hier: Satzungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz:

1. Die während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen hat der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz entsprechend den Abwägungsvorschlägen geprüft.
2. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 6.1, Mühleip Ost, 5. Änderung vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB hat der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz entsprechend den Abwägungsvorschlägen geprüft.
3. Der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Gemeinde Eitorf eine abschließende Abwägung über **alle** im Rahmen der Beteiligungsverfahren vorgetragene Stellungnahmen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen erhoben haben, von dem Ergebnis, unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
5. Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Art. 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, des § 86 Abs. 4 Bauordnung NRW vom 21.07.2018 (GV. NRW. S. 421), (GV.NRW.S.1086) und aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW 1994, S. 666/SGV NW 2023) in den jeweils z.Zt. gültigen Fassungen **empfiehlt der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz** dem Rat der Gemeinde Eitorf unter Einbeziehung der vorgenommenen Abwägungsergebnisse, den Bebauungsplan Nr. 6.1, Mühleip Ost, 5. Änderung bestehend aus
 - a) der Bebauungsplanurkunde im Maßstab 1 : 500
 - b) der Zeichenerklärung
 - c) den textlichen Festsetzungen bestehend aus den planungsrechtlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan
 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB **als Satzung zu beschließen** und die Begründung zum Bebauungsplan zu billigen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes gem.10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
 Der Bebauungsplan ist mit Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten; über den Inhalt ist auf Verlangen Auskunft zu geben. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, wo der Bebauungsplan eingesehen werden kann. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft. Die Bekanntmachung tritt an die Stelle der sonst für Satzungen vorgeschriebenen Veröffentlichung.

Beschlussvorschlag Rat der Gemeinde Eitorf:

1. Die während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen hat der Rat der Gemeinde Eitorf entsprechend den Abwägungsvorschlägen geprüft.
2. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 6.1, Mühleip Ost, 5. Änderung vorgebrachten Stellungnahmen der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB hat der Rat der Gemeinde Eitorf entsprechend den Abwägungsvorschlägen geprüft.
3. Der Rat der Gemeinde Eitorf beschließt eine abschließende Abwägung über **alle** im Rahmen der Beteiligungsverfahren vorgetragenen Stellungnahmen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen erhoben haben, von dem Ergebnis, unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
5. Aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Art. 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, des § 86 Abs. 4 Bauordnung NRW vom 21.07.2018 (GV. NRW. S. 421), (GV.NRW.S.1086) und aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW 1994, S. 666/SGV NW 2023) in den jeweils z.Zt. gültigen Fassungen **beschließt der Rat** der Gemeinde Eitorf unter Einbeziehung der vorgenommenen Abwägungsergebnisse, den Bebauungsplan Nr. 6.1, Mühleip Ost, 5. Änderung bestehend aus
 - a) der Bebauungsplanurkunde im Maßstab 1 : 500
 - b) der Zeichenerklärung

- c) den textlichen Festsetzungen bestehend aus den planungsrechtlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
als Satzung und billigt die Begründung zum Bebauungsplan.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes gem. 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Der Bebauungsplan ist mit Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten; über den Inhalt ist auf Verlangen Auskunft zu geben. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, wo der Bebauungsplan eingesehen werden kann. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft. Die Bekanntmachung tritt an die Stelle der sonst für Satzungen vorgeschriebenen Veröffentlichung.

Begründung:

Hinweise zum Satzungsbeschluss:

Zur rechtskräftigen Aufstellung des Bebauungsplanes ist es erforderlich im abschließenden Satzungsbeschluss nochmals alle im Laufe des Aufstellungsverfahrens eingegangenen Stellungnahmen und deren Abwägungsergebnisse erneut zur Kenntnis zu nehmen. Aus diesem Grund sind alle Stellungnahmen in dieser Vorlage nochmals aufgeführt. In Fett- und Kursivdruck ist dargestellt, wann der Ausschuss über diese Stellungnahmen erstmalig beschlossen hat.

Der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz hat in seiner Sitzung am 24.08.2021 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 6.1, Mühleip Ost, 5. Änderung gefasst.

Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte durch Bereitstellung auf der Internetseite der Gemeinde Eitorf unter www.eitorf.de am 07.09.2021 sowie durch Aushang an der mit „Amtliche Informationen“ gekennzeichneten Aushangtafel neben dem Rathaus in der Zeit vom 07.09.2021 bis 14.09.2021. Gleichzeitig wurde im Mitteilungsblatt der Gemeinde Eitorf vom 10.09.2021 auf die öffentliche Bekanntmachung des o.g. Bebauungsplanes auf der Internetseite hingewiesen. Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes fand in der Zeit vom 19.04.2022 bis einschließlich 18.05.2022 statt. Der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz hat in seinen Sitzungen am 16.11.2021 und 31.05.2022 die eingegangenen Stellungnahmen behandelt, der Rat der Gemeinde Eitorf in seiner Sitzung am 20.06.2022.

1. Rückläufe aus dem frühzeitigen Beteiligungsverfahren

Abwägung der in der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

- **Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte in der Zeit vom 20.09.2021 bis einschließlich 05.10.2021. Seitens der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen in das Verfahren eingestellt.

- **Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB**

Die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB nach § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte mit Schreiben vom 09.09.2021. Seitens der benachbarten Gemeinden wurden keine Stellungnahmen in das Verfahren eingestellt. Der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und

Klimaschutz hat dies in seiner Sitzung am 16.11.2021 zur Kenntnis genommen. Ein Abwägungserfordernis besteht somit nicht, die Planung kann fortgeschrieben werden.

- **Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 09.09.2021. Es liegen insgesamt 15 Stellungnahmen vor. *Folgende relevante Stellungnahmen sind eingegangen und wurden vom Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz in seiner Sitzung am 16.11.2021 behandelt:*

1. **Rhein-Sieg-Netz GmbH, Stellungnahme vom 10.09.2021**

„gegen die Aufstellung des o. a. Bebauungsplanes bestehen unsererseits keine Bedenken. Vorhandene Gasversorgungsleitungen sind in ihrem Bestand zu sichern und dürfen nicht überbaut oder überpflanzt werden.“

Abwägung:

Die aktuell bebauten privaten Grundstücke des Plangebiets werden durch eine Hausanschlussleitung von der Linkenbacher Straße aus mit Erdgas versorgt. Die von der Linkenbacher Straße nach Süden verlaufende Leitung liegt anschließend an die öffentliche Straße für wenige Meter im neu gebildeten Flurstück 2000. Die dortige überbaubare Fläche ist nicht betroffen. Hier ist eine privatrechtliche Sicherung angezeigt. Anschließend verläuft die Gasleitung in der im Bebauungsplan vorgesehenen Erschließungsfläche (Flurstück 2003). In Höhe des Flurstücks 2002 verzweigt die Gasleitung; ein Stich führt nach Südwesten und versorgt das Kirchengebäude. Der andere Stich verläuft zunächst durch das Flurstück 2002 und die dortige überbaubare Fläche nach Osten, dann nach Süden und versorgt das bestehende Wohnhaus (ehemaliges Pastorat, Flurstück 2004). Bezüglich des Flurstücks 2002 sind ebenfalls private Regelungen – privatrechtliche Sicherung oder Neuverlegung der Leitung auf dem Flurstück 2004) zu treffen.

Es ist technisch geboten, dass vorhandene Gasversorgungsleitungen nicht überbaut oder mit entsprechend tief wurzelnden Gewächsen überpflanzt werden. Grundsätzlich sind Gasversorgungsleitungen in ihrem Bestand zu sichern oder, falls -wie im vorliegenden Fall- Fremdgrundstücke benutzt und deren u. U. Bebaubarkeit eingeschränkt wird, durch den Versorger auf Kosten der Grundstückseigentümer zu verlegen.

Der vom Einwender vorgeschlagene Hinweis soll deshalb übernommen und aufgrund der örtlichen Situation ergänzt werden: „Im Plangebiet befindet sich eine Hausanschlussleitung für das Kirchengebäude sowie für das bestehende Wohnhaus (Flurstück 2004). Die Lage dieser Leitung ist vor Baubeginn zu prüfen. Die Leitung ist in ihrem Bestand zu sichern und darf nicht überbaut oder überpflanzt werden.“

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zur vorhandenen Gasversorgungsleitung wird nachfolgender Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen: *„Im Plangebiet befindet sich eine Hausanschlussleitung für das Kirchengebäude sowie für das Wohnhaus auf dem Flurstück 2004. Die Lage dieser Leitung ist vor Baubeginn zu prüfen. Die Leitung ist in ihrem Bestand zu sichern und darf nicht überbaut oder überpflanzt werden.“*

2. **.a) Tele Columbus Betriebs GmbH, Berlin, Stellungnahme vom 10.9.2021**

„in dem von Ihnen angefragten Bereich (...) befinden sich keine Erdkabelanlagen der Tele Columbus Gruppe.“

b) Tele Columbus Betriebs GmbH, Berlin, Stellungnahme vom 10.9.2021

„in dem von Ihnen angefragten Bereich (...) befinden sich keine Erdkabelanlagen der HLKomm.“

c) Tele Columbus Betriebs GmbH, Berlin, Stellungnahme vom 10.9.2021

„in dem von Ihnen angefragten Bereich (...) befinden sich keine Erdkabelanlagen der PEPKOM.“

Abwägung:

Nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

3. WECO Feuerwerk GmbH, Stellungnahme vom 15.09.2021

„Nach Prüfung der Angaben auf ihrer Internetseite nehmen wir wie folgt Stellung:

Die aufgezeigten Anpassungen / Änderungen am Bebauungsplan Nr. 6.1 sind für die Fa. WECO ohne Einfluss auf bestehende oder aktuell geplante Nutzungskonzepte.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

4. Amprion GmbH, Stellungnahme vom 16.9.2021

„im Planbereich der o.a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor. Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz nimmt das Schreiben zur Kenntnis. Die übrigen Versorgungsunternehmen wurden ebenfalls an der Planung beteiligt. Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

5. Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Stellungnahme vom 20.09.2021

„Ihr Schreiben vom 15.09.2021, AZ.: 32-32-02

Luftbilder aus den Jahren 1939-1945 und andere historische Unterlagen liefern keine Hinweise auf das Vorhandensein von Kampfmitteln im beantragten Bereich.

Daher ist eine Überprüfung des beantragten Bereichs auf Kampfmittel nicht erforderlich. Eine Garantie auf Kampfmittelfreiheit kann gleichwohl nicht gewährt werden. Sofern Kampfmittel gefunden werden, sind die Bauarbeiten sofort einzustellen und die zuständige Ordnungsbehörde oder eine Polizeidienststelle unverzüglich zu verständigen. Erfolgen Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten etc. empfehle ich eine Sicherheitsdetektion. Beachten Sie in diesem Fall auf unserer Internetseite das Merkblatt für Baugründeingriffe. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite.“

Abwägung:

Die Verwaltung schlägt vor, folgenden Hinweis in Teil B des Bebauungsplans aufzunehmen:

Kampfmittelfunde

Luftbilder aus den Jahren 1939 – 1945 und andere historische Unterlagen liefern keine Hinweise auf das Vorhandensein von Kampfmitteln im beantragten Bereich. Daher ist eine Überprüfung des beantragten Bereichs auf Kampfmittel nicht erforderlich. Eine Garantie auf Kampfmittelfreiheit kann gleichwohl nicht gewährt werden. Sofern Kampfmittel gefunden werden, sind die Bauarbeiten sofort einzustellen und die zuständige Ordnungsbehörde oder eine Polizeidienststelle unverzüglich zu verständigen. Erfolgen Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten etc., wird eine Sicherheitsdetektion empfohlen (s. auch das „Merkblatt für Baugrundeingriffe“ auf der Internetseite der Bezirksregierung Düsseldorf).

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz stimmt dem Vorschlag der Verwaltung gemäß Abwägung zu.

6. Bezirksregierung Arnsberg, Stellungnahme vom 20.09.2021

„zu den bergbaulichen Verhältnissen erhalten Sie folgende Hinweise:

Das o.g. Vorhaben liegt über dem auf Eisenstein verliehenen, inzwischen erloschenen Bergwerksfeld „Seemann“. Rechtsnachfolgerin der letzten Eigentümerin ist die Barbara Rohstoffbetriebe GmbH, Hauptstraße 113 in 40764 Langenfeld. In den derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Plangebiets kein Bergbau verzeichnet.“

Abwägung:

Nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

7. Wahnbachtalsperrenverband, Stellungnahme vom 20.09.2021

„bei Ihrem Vorhaben, Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6.1 „Mühleip Ost“, 5. Änderung, sind keine Anlagen des Wahnbachtalsperrenverband Siegburg betroffen.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

8. Bundesamt für Infrastruktur Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Stellungnahme vom 22.09.2021

„durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr nicht berührt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.“

Abwägung:

Nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

9. Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Stellungnahme vom 28.09.2021

„gegen die 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6.1 „Mühleip Ost“ bestehen seitens der Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Rhein-Sieg-Kreis, keine grundsätzlichen Bedenken.

Wir begrüßen die vorliegende Planung als Maßnahme der Innerortsentwicklung unter Nutzung vorhandener Brachflächen, durch die eine Inanspruchnahme wertvoller landwirtschaftlicher Flächen für Wohnbebauung verhindert wird.“

Abwägung:

Nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

10. RSAG AöR, Stellungnahme vom 01.10.2021

„danke für Ihre Mitteilung vom 9. September 2021.

Von Seiten der RSAG AöR werden zu dem Bebauungsplan in der vorgesehenen Lage keine Bedenken erhoben.

Das Bauvorhaben wird die Abfallentsorgung im Plangebiet nicht verändern. Alle anfallenden Abfallgefäße müssen an der vorhandenen, öffentlichen Verkehrsfläche bereitgestellt werden. Sicherheitstechnische Anforderungen an Straßen und Fahrwege für die Sammlung von Abfällen entnehmen Sie bitte der DGUV Information 214-033 (bisher BGI 5104) und RAS 06.“

Abwägung:

Der Ausschuss stellt fest, dass die Abfallentsorgung gewährleistet ist. Die weiteren Hinweise zur Müllbeseitigung werden zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

11. Gemeindewerke Eitorf, Stellungnahme vom 06.10.2021

„zu der vorgenannten Änderung eines Bebauungsplanes nehmen die Gemeindewerke Eitorf wie folgt Stellung:

Wasserversorgung

Die Trinkwasserversorgung ist über eine öffentliche Wasserleitung in der Linkenbacher Straße sichergestellt.

Abwasserbeseitigung

Die Abwasserbeseitigung ist über eine öffentliche Mischwasser - Kanalisation in der Linkenbacher Straße sichergestellt. Auf Antrag kann auf ein Überlassen von Regenwasser verzichtet werden, soweit die gemeinwohlverträgliche Beseitigung auf den anliegenden Privatgrundstücken sichergestellt ist und durch die Untere Wasserbehörde genehmigt wurde. Details zu bestehenden Ver- und Entsorgungsleitungen entnehmen Sie bitte der Anlage.“

Abwägung:

Nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

12. Landschaftsverband Rheinland, Stellungnahme vom 11.10.2021

„hiermit möchte ich Sie innerhalb meiner Stellungnahme darüber informieren, dass keine Betroffenheit bezogen auf Liegenschaften des LVR vorliegt und daher keine Bedenken gegen die o.g. Maßnahme geäußert werden.

Diese Stellungnahme gilt nicht für das LVR Amt für Denkmalpflege im Rheinland in Pulheim und das LVR- Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland in Bonn; es wird darum gebeten, deren Stellungnahmen gesondert einzuholen.“

Abwägung:

Nicht erforderlich. Die genannten weiteren Dienststellen des LVR wurden beteiligt.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

13. Rhein-Sieg-Kreis, Stellungnahme vom 20.10.2021

„zu o.g. Verfahren wird wie folgt Stellung genommen:

Natur-, Landschafts- und Artenschutz

Es wird empfohlen, folgende Hinweise in den Bebauungsplan aufzunehmen:

Beleuchtung

Notwendige Beleuchtungen des öffentlichen und privaten Raumes sowie von baulichen Anlagen sollen technisch und konstruktiv so angebracht, mit Leuchtmitteln versehen und betrieben werden, dass Tiere und Pflanzen wildlebender Arten vor vermeidbaren nachteiligen Auswirkungen durch Lichtemissionen geschützt sind. Beleuchtungsplanungen für den öffentlichen Raum sollen Aussagen zur Beleuchtungsstärke, Leuchtdichte, beleuchteter Fläche, Abstrahlungsgeometrie, zum Farbspektrum und ggf. zur Regulierung der Beleuchtungsstärke treffen. Weitere Informationen können dem LANUV-Info 42 (2018): „Künstliche Außenbeleuchtung – Tipps zur Vermeidung und Verminderung störender Lichtimmissionen“ entnommen werden.

Vogelschlag

Durch bauliche Maßnahmen soll der Vogelschlag an Glasflächen vermieden werden. Geeignete Maßnahmen zur Reduktion von gefährlichen Durchsichten und Spiegelungen liegen in der Verwendung halbtransparenten Glases, hochwirksamer Markierungen und Abschattungen insbesondere an risikobehafteten, verglasten Gebäudekanten, transparenten Balkongeländer und Wintergärten.

Arbeitszeitbeschränkung zum Schutz der Fledermaus

Um Störungen der Jagd und Nahrungsaufnahme von Fledermäusen in der Aktivitätsphase der Sommermonate zu reduzieren, sollte Baulärm und starkes Arbeitslicht in den Abendstunden eingeschränkt werden: Arbeitsruhe im April nach 19:30 Uhr, Anfang Mai bis Ende Juli nach 20:30 Uhr, im August nach 20:00 Uhr, im September nach 19:00 Uhr und im Oktober nach 18:00 Uhr.

Klimaschutz

Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll gem. § 1 a Abs. 5 BauGB sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.

Erneuerbare Energien

Nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 f BauGB soll bei der Aufstellung der Bauleitpläne die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie berücksichtigt werden.

Der Feststellungstext enthält bisher die Formulierung „Die Energieeffizienz der Baumaßnahmen ist im Rahmen der Projektplanung zu beachten. Zudem ist die Möglichkeit zu prüfen, insbesondere die nach Süden ausgerichteten Dachflächen für die Nutzung von Sonnenenergie zu verwenden.“

Nach Auskunft des Solardachkatasters des Rhein-Sieg-Kreises besitzt das entsprechende Plangebiet ein solarenergetisches Flächenpotential bei Solarthermie von 4080 – 4120 kWh/m²/a und bei Photovoltaik vom 1021 – 1031 kWh/m²/a.

Damit eignet sich das Plangebiet gut für den Einsatz erneuerbarer Energien. Es wird daher auf jeden Fall angeraten, den Einsatz erneuerbarer Energien zur dezentralen Erzeugung von Wärme und Strom im Baugebiet zu prüfen.

Eine nachhaltige, regenerative Energieversorgung durch den Einsatz von Solarmodulen ortsfester technischer Anlagen selbstständiger Art (Photovoltaikanlagen, Solarwärmeanlagen) sollte in die Prüfung einbezogen werden.

Die detaillierte Wirtschaftlichkeitsberechnung einer konkreten Anlage kann mit Hilfe der Plattform Gründach- und Solarkataster auf der Homepage www.energieundklima-rsk.de vorgenommen werden.

Dachflächen

Eine sowohl mikroklimatisch wie auch hinsichtlich des Rückhalts von Starkregen vorteilhafte Dachbegrünung ist prinzipiell auch bei stärker geneigten Dächern bis 45 Grad Dachneigung möglich. Insofern wird angeregt, die Festsetzung zur Dachbegrünung und Dachform aufeinander abzustimmen, um eine weitgehende Dachbegrünung zu fördern. Dachflächen zur Nutzung erneuerbarer Energien können davon ausgenommen werden.“

Abwägung:

Natur-, Landschafts- und Artenschutz

Beleuchtung

Öffentliche Beleuchtungsanlagen sind nicht vorgesehen. Da die Erschließung der geplanten Gebäude über eine vorhandene Erschließungsfläche erfolgt, sind auch diesbezüglich Änderungen nicht beabsichtigt. Zur Information der privaten Bauherren wird ein Hinweis auf die LANUV-Publikation in den Bebauungsplan aufgenommen.

Vogelschlag

Durch die geplante Einbindung der Wohnhäuser in das Gelände und die hohe Nachbarbebauung sind die Gefahren durch Vogelschlag begrenzt. Dessen ungeachtet soll im Bebauungsplan auf die Problematik und praxisnahe Lösungsmöglichkeiten hingewiesen werden. Entsprechende Informationen finden sich beispielsweise im Internetangebot der Schweizerischen Vogelwarte Sempach:

<https://www.vogelwarte.ch/de/voegel/ratgeber/gefahren-fuer-voegel/vogelkollisionen-an-glas-vermeiden>.

Arbeitszeitbeschränkung zum Schutz der Fledermaus

Störungen der Jagd und Nahrungsaufnahme von Fledermäusen sollen vermieden werden. Die hierzu möglichen Regelungen und ihre jeweiligen Begründungen sind allerdings als Grundlage

konkreter textlicher Festsetzungen insgesamt zu unbestimmt; u.a. bleiben Innenarbeiten zulässig. Daher soll auch hier ein Hinweis in den Plan aufgenommen werden, nach dem Baulärm und starkes Arbeitslicht in den Abendstunden (im April nach 19:30 Uhr, von Anfang Mai bis Ende Juli nach 20:30 Uhr, im August nach 20:00 Uhr, im September nach 19:00 Uhr und im Oktober nach 18:00 Uhr) zu vermeiden sind.

Klimaschutz

Erneuerbare Energien

Bei der Errichtung neuer Gebäude sind die Vorgaben des neuen Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zwingend zu beachten. Sie betreffen alle in der Stellungnahme angesprochenen Aspekte, d. h. neben dem passiven Wärmeschutz auch die Nutzung regenerativer Energien. Daher werden die im Plangebiet entstehenden drei Wohngebäude einen zeitgemäßen energetischen Standard aufweisen. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Dachflächen

Im Bebauungsplan wird die Begrünung von Flachdächern ab einer Größe von 15 qm vorgeschrieben. Damit sind insbesondere Garagendächer zu begrünen.

Die Begrünung von Steildächern, insbesondere von solchen mit einer Dachneigung von 25 Grad und mehr – hier ist eine Dachneigung von 25 bis 40 Grad vorgegeben – stellt hohe und besondere Anforderungen an die Statik des Gebäudes und den gesamten Dachaufbau. U.a. wird von Fachfirmen ab 25 Grad Neigung eine Bewässerungsanlage empfohlen, da das Dachsubstrat aufgrund der Neigung sehr schnell entwässert. Der zu erwartende Aufwand erscheint auch problematisch, weil auf den nach Süden ausgerichteten Dachflächen Solarnutzung zu erwarten ist. Insgesamt ist die für eine zwingende Festsetzung der Begrünung auch aller Steildächer erforderliche Verhältnismäßigkeit nicht gegeben. Aus v.g. Gründen sollte von einer zwingenden Festsetzung abgesehen werden.

Hinweis: Für die Gestaltung der unbebauten Grundstücksflächen sind in den textlichen Festsetzungen Regelungen enthalten, durch die die Versiegelung auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt wird. Hier sind deutlich wirkungsvollere klimatische Effekte zu erwarten.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Änderungen des Planentwurfs sowie der verbindlichen textlichen Festsetzungen sind nicht erforderlich.

In den textlichen Teil des Bebauungsplans werden Hinweise auf die Publikation des LANUV zum Artenschutz bei der künstlichen Außenbeleuchtung sowie der Schweizerischen Vogelwarte Sempach zum Schutz vor Vogelschlag aufgenommen. Insofern wird den Anregungen des Rhein-Sieg-Kreises gefolgt.

In die textlichen Festsetzungen wird der angeregte Hinweis zur Beschränkung von Baulärm und starkem Arbeitslicht in den Abendstunden zum Schutz der Fledermäuse aufgenommen. Der Anregung des Rhein-Sieg-Kreises wird insofern gefolgt.

Über das Gebäudeenergiegesetz (GEG) hinausgehende Vorgaben zur Nutzung erneuerbarer Energien werden nicht gemacht. Den entsprechenden Anregungen des Rhein-Sieg-Kreises wird nicht gefolgt.

Vorgaben zur Begrünung von Steildächern werden nicht gemacht. Der Anregung des Rhein-Sieg-Kreises wird nicht gefolgt.

14. Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis, Stellungnahme vom 29.10.2021

„in dem Geltungsbereich des o.g. Vorhabens befinden sich keine Gewässer oder Anlagen des Wasserverbands Rhein-Sieg-Kreis, lediglich südlich des Geltungsbereiches verläuft der Kirchgraben. Da gemäß den vorliegenden Unterlagen der Gewässerrandstreifen nicht überplant wird und der Abstand zwischen Gewässer und Bebauung mindestens 25 – 50 Meter beträgt sowie

keine Einleitung in das Gewässer vorgesehen ist, bestehen verbandsseitig keine Bedenken gegen das o.g. Vorhaben.“

Abwägung:

Die Verwaltung nimmt zur Kenntnis, dass seitens des Wasserverbands Rhein-Sieg-Kreis gegen die Planung keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

15. LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Stellungnahme vom 28.10.2021

„Auf Basis der derzeit für das Plangebiet verfügbaren Unterlagen sind keine Konflikte zwischen der Planung und den öffentlichen Interessen des Bodendenkmalschutzes zu erkennen. Zu beachten ist dabei jedoch, dass Untersuchungen zum Ist-Bestand an Bodendenkmälern in dieser Fläche nicht durchgeführt wurden. Von daher ist diesbezüglich nur eine Prognose möglich. Ich verweise daher auf die Bestimmungen der §§ 15, 16 DSchG NRW (Meldepflicht- und Veränderungsverbot bei der Entdeckung von Bodendenkmälern) und bitte Sie, folgenden Hinweis in die Planunterlagen aufzunehmen: Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Overath, Gut Eichthal, 51491 Overath, Tel.: 02206/9030-0, Fax: 02206/9030- 22, unverzüglich zu melden. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.“

Abwägung:

Die Verwaltung schlägt vor, den folgenden Hinweis in den Text des Bebauungsplans aufzunehmen:

Archäologische Funde und Befunde

Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Overath, Gut Eichthal, 51491 Overath, Tel.: 02206/9030-0, Fax: 02206/9030-22, unverzüglich zu melden. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz stimmt dem Vorschlag der Verwaltung gemäß Abwägung zu und beschließt die vorgeschlagene Ergänzung.

Weitere Stellungnahmen aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, die abwägungsrelevant sind oder Hinweise enthalten, sind im frühzeitigen Beteiligungsverfahren nicht eingegangen.

Die oben angeführten Abwägungen wurden vom Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz am 16.11.2021 beraten und umgesetzt.

2. Rückläufe des Beteiligungsverfahrens nach § 3 (2) BauGB (Offenlage)

Abwägung der in der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Öffentlichkeit) sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

Der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz hat in seiner Sitzung am 16.11.2021 die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs beschlossen. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom 19.04.2022 bis einschließlich 18.05.2022.

Die ortsübliche Bekanntmachung des Offenlagebeschlusses erfolgte durch Bereitstellung auf der Internetseite der Gemeinde Eitorf unter www.eitorf.de am 12.04.2022 sowie durch Aushang der mit „Amtliche Informationen“ gekennzeichneten Aushangtafel neben dem Rathaus in der Zeit vom 12.04.2022 bis einschließlich 21.04.2022. *Der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz hat die Stellungnahmen in seiner Sitzung am 31.05.2022 behandelt, der Rat der Gemeinde Eitorf am 20.06.2022.*

- **Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen bei der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**

Seitens der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen in das Verfahren eingestellt. Ein Abwägungserfordernis besteht somit nicht.

- **Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen der benachbarten Gemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB**

Es sind keinerlei Stellungnahmen eingegangen. Ein Abwägungserfordernis besteht somit nicht, die Planung kann fortgeschrieben werden.

- **Abwägung der in der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB (Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange während der Offenlage) eingegangenen relevanten Stellungnahmen**

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 12.04.2022. Es liegen insgesamt 9 Stellungnahmen vor. *Folgende relevante Stellungnahmen sind eingegangen und wurden vom Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz in seiner Sitzung am 31.05.2022 und vom Rat der Gemeinde Eitorf am 20.06.2022 behandelt:*

1. **Wahnbachtalsperrenverband, Stellungnahme vom 14.04.2022**

„wie schon in Ihrem Beschlussauszug vermerkt sind keine Anlagen des Wahnbachtalsperrenverband betroffen.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

2. **Deutsche Telekom Technik GmbH, Technische Infrastruktur Niederlassung West, PTI 22, Stellungnahme vom 19.04.2022**

„Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände. Wir weisen jedoch auf folgendes hin:

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom. Die Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie Ihre Vermögensinteressen - sind betroffen.

Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.

Über gegebenenfalls notwendige Maßnahmen zur Sicherung, Veränderung oder Verlegung

unserer Anlagen können wir erst Angaben machen, wenn uns die endgültigen Ausbaupläne mit Erläuterung vorliegen.

Wir bitten folgende fachliche Festsetzung in den Bebauungsplan aufzunehmen:

In allen Straßen bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von ca. 0,50 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.

Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013; siehe insbesondere Abschnitt 3, zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien der Telekom nicht behindert werden.

Zur Versorgung des Planbereichs mit Telekommunikationsanschlüssen ist die Verlegung zusätzlicher Telekommunikationsanlagen erforderlich. Falls notwendig, müssen hierfür bereits ausgebaute Straßen wieder aufgebrochen werden.

Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leistungsträger ist es notwendig, dass uns Beginn und Ablauf der Erschließungsanlagen im Bebauungsplangebiet der Deutsche Telekom Technik GmbH, TI NL West, PTI 22 so früh wie möglich, mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden an:

Deutsche Telekom Technik GmbH
T NL West, PTI 22
Innere Kanalstr. 98
50672 Köln

Wir machen darauf aufmerksam, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine Versorgung des Baugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur in unterirdischer Bauweise nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung sowie einer ausreichenden Planungssicherheit möglich ist.“

Abwägung:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass seitens der Deutschen Telekom Technik GmbH gegen die Planung keine grundsätzlichen Bedenken bestehen. Ver- und Entsorgungsleitungen können innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen und auf dem Privatgrundstück (Geh-Fahr- und Leitungsrecht) verlegt werden. Bei evtl. Baumpflanzungen sind die einschlägigen gesetzlichen Regelungen zu beachten; Festsetzungen im Bebauungsplan sind nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Anregung wird gem. Abwägung nicht stattgegeben. Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

3. .a) Tele Columbus Betriebs GmbH, Berlin, Stellungnahme vom 19.04.2022

„in dem von Ihnen angefragten Bereich (...) befinden sich keine Erdkabelanlagen der Tele Columbus.“

b) Tele Columbus Betriebs GmbH, Berlin, Stellungnahme vom 19.04.2022

„in dem von Ihnen angefragten Bereich (...) befinden sich keine Erdkabelanlagen der HLKomm.“

c) Tele Columbus Betriebs GmbH, Berlin, Stellungnahme vom 19.04.2022

„in dem von Ihnen angefragten Bereich (...) befinden sich keine Erdkabelanlagen der PEPCOM.“

Abwägung:

Nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

4. Amprion GmbH, Stellungnahme vom 22.04.2022

„im Planbereich der o.a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor. Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.“

Abwägung:

Nicht erforderlich

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz/der Rat nimmt das Schreiben zur Kenntnis. Die übrigen Versorgungsunternehmen wurden ebenfalls an der Planung beteiligt. Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

5. Bundesamt für Infrastruktur Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Stellungnahme vom 26.04.2022

„bezugnehmend auf Ihre Anfrage vom 12.04.2022, Bebauungsplan BBP Nr. 6.1 Mühleip-Ost, 5. Änderung, teile ich Ihnen mit, dass meine Stellungnahme vom 22.09.2021, (Vorgang K-III-1063-21-BBP) weiterhin Gültigkeit hat.“

Stellungnahme vom 22.09.2021

„durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr nicht berührt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.“

Abwägung:

Nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

6. Gemeindewerke Eitorf, Stellungnahme vom 26.04.2022

„zum vorgenannten BPlan werde ich für die Gemeindewerke Eitorf keine erneute Stellungnahme abgeben und verweise auf die Stellungnahme vom 06.10.2021.“

Stellungnahme vom 06.10.2021

„zu der vorgenannten Änderung eines Bebauungsplanes nehmen die Gemeindewerke Eitorf wie folgt Stellung:

Wasserversorgung

Die Trinkwasserversorgung ist über eine öffentliche Wasserleitung in der Linkenbacher Straße sichergestellt.

Abwasserbeseitigung

Die Abwasserbeseitigung ist über eine öffentliche Mischwasser - Kanalisation in der Linkenbacher Straße sichergestellt. Auf Antrag kann auf ein Überlassen von Regenwasser verzichtet werden, soweit die gemeinwohlverträgliche Beseitigung auf den anliegenden

Privatgrundstücken sichergestellt ist und durch die Untere Wasserbehörde genehmigt wurde. Details zu bestehenden Ver- und Entsorgungsleitungen entnehmen Sie bitte der Anlage.“

Abwägung:

Nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

7. Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis, Stellungnahme vom 27.04.2022

„zu o.g. Vorhaben nimmt der Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis folgendermaßen Stellung: Da der Bebauungsplan keine Änderungen zur frühzeitigen Beteiligung aufweist, welche die Zuständigkeiten des Wasserverbandes tangieren, bestehen seitens des Wasserverbandes keine Bedenken gegen das o.g. Vorhaben. Ich verweise ergänzend auf die Stellungnahme des Wasserverbandes vom 29.10.2021. Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.“

Stellungnahme vom 29.10.2021

„in dem Geltungsbereich des o.g. Vorhabens befinden sich keine Gewässer oder Anlagen des Wasserverbandes Rhein-Sieg-Kreis, lediglich südlich des Geltungsbereiches verläuft der Kirchgraben. Da gemäß den vorliegenden Unterlagen der Gewässerrandstreifen nicht überplant wird und der Abstand zwischen Gewässer und Bebauung mindestens 25-50 Meter beträgt sowie keine Einleitung in das Gewässer vorgesehen ist, bestehen verbandsseitig keine Bedenken gegen das o.g. Vorhaben. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.“

Abwägung:

Die Verwaltung nimmt zur Kenntnis, dass seitens des Wasserverbandes Rhein-Sieg-Kreis gegen die Planung keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

8. Rhein-Sieg-Kreis, Stellungnahme vom 13.05.2022

„zur o.g. Planung werden aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises keine Anregungen vorgetragen.“

Abwägung:

Nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen, Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

9. Landwirtschaftskammer, Stellungnahme vom 18.05.2022

„gegen die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6.1, „Mühleip-Ost“, bestehen seitens der Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Rhein-Sieg-Kreis, keine grundsätzlichen Bedenken.“

Abwägung:

Nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass keine Bedenken seitens der Landwirtschaftskammer vorgebracht werden. Änderungen des Entwurfs sind nicht erforderlich.

Weitere Stellungnahmen aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, die abwägungsrelevant sind oder Hinweise enthalten, sind nicht eingegangen. Die oben angeführten Abwägungen wurden vom Ausschuss für Stadtplanung, Ortsentwicklung, Mobilität und Klimaschutz am 31.05.2022 und vom Rat der Gemeinde Eitorf am 20.06.2022 beraten und umgesetzt.